

Aufsätze

Tim Spier

Große Koalitionen in den deutschen Bundesländern 1949-2013

Kurzfassung

Große Koalitionen lassen sich mit den klassischen spieltheoretischen Koalitionstheorien nur unzureichend erklären, da sie nur bedingt der Logik der Maximierung von Ämtern und Politikgehalten entsprechen. Der Aufsatz möchte zu einem besseren Verständnis derartiger Koalitionsmuster beitragen, indem er Struktur und Bedingungen des Abschlusses von Großen Koalitionen auf der Ebene der deutschen Bundesländer von 1949 bis 2013 quantitativ-empirisch untersucht. Hierbei zeigt sich, dass bestimmte Eigenschaften von Parteiensystemen, etwa eine hohe Fragmentierung oder eine Asymmetrie zugunsten des linken politischen Lagers, mit der Bildung derartiger Koalitionen einhergehen. Insbesondere der Anteil als nicht-koalitionsfähig erachteter Parteien und die Frage, ob – von diesen abgesehen – noch kleine Gewinnkoalitionen innerhalb der beiden klassischen politischen Lager gebildet werden können, ist jedoch für die Erklärung des Zustandekommens von Großen Koalitionen über Parteienseystemeigenschaften entscheidend.

Inhalt

1. Einleitung	490
2. Begriff der Großen Koalition	491
3. Große Koalitionen in der Koalitionstheorie	492
a) Office-seeking-Ansätze	493
b) Policy-seeking-Ansätze	494
c) Andere Ansätze	496
4. Untersuchungsdesign und Datenbasis	497
5. Große Koalitionen auf der Ebene der Bundesländer	499
a) Zeitliches und räumliches Vorkommen Großer Koalitionen	499
b) Eigenschaften Großer Koalitionen im Vergleich zu anderen Regierungskonstellationen	501
c) Erklärung Großer Koalitionen über Parteienseiteneigenschaften	504
(1) Hypothesen zum Einfluss von Eigenschaften des Parteiensystems	504
(2) Deskription der unabhängigen Variablen und bivariate Zusammenhänge	507
(3) Multivariate Analyse des Einflusses von Eigenschaften des Parteiensystems	508
6. Fazit	510

1. Einleitung¹

Große Koalitionen sind in der politischen Kultur der Bundesrepublik immer noch erklärungsbedürftige Ausnahmeerscheinungen (Seemann/Bukow 2010: 9). Obwohl die so bezeichneten Bündnisse zwischen CDU/CSU und SPD häufig über komfortable Parlamentsmehrheiten verfügen würden, werden Große Koalitionen von den Akteuren selbst fast immer als allenfalls zweitbeste Option wahrgenommen (Kropp 2001: 153). So hätten CDU/CSU 1966 die Fortsetzung einer kleinen Koalition mit der FDP der Großen Koalition prinzipiell vorgezogen, und auch die SPD erwog ein von den Liberalen gemachtes Koalitionsangebot (Görtemaker 1999: 437 f.; Strohmeier 2009: 16). Sowohl 2005 wie auch 2013 waren kleine Lagerkoalitionen die erklärten Präferenzen der beiden Volksparteien, nur konnten Schwarz-Gelb wie auch Rot-Grün jeweils keine parlamentarischen Mehrheiten erzielen. Mit dem Ziel,

1 Der Verfasser dankt den beiden anonymen Gutachtern für die wertvollen Anregungen und Verbesserungsvorschläge.

eine Große Koalition einzugehen, sind CDU/CSU und SPD bisher noch in keine Bundestagswahl gezogen.

Dieser Beitrag möchte empirisch der Frage nachgehen, welche Eigenschaften Große Koalitionen im Vergleich zu anderen Koalitionsoptionen aufweisen und wie ihr Zustandekommen erklärt werden kann. Dafür soll nach einer kurzen Diskussion des Begriffs „Große Koalition“ zunächst am Beispiel der drei Großen Koalitionen auf Bundesebene gezeigt werden, dass die klassischen spieltheoretischen Koalitionstheorien bei der Erklärung des Zustandekommens dieses spezifischen Koalitionsmusters Schwierigkeiten haben. Unter Rückgriff auf die weitaus größere Datenbasis der Koalitionsbildungen auf Ebene der Bundesländer soll anschließend das zeitliche und räumliche Vorkommen von Großen Koalitionen in der Bundesrepublik von 1949 bis 2013 beschrieben, zentrale quantitative Eigenschaften dieser Bündnisse im Vergleich zu allen anderen Regierungskonstellationen analysiert und schließlich ihr Zustandekommen über die Eigenschaften von Parteiensystemen erklärt werden.

2. Begriff der Großen Koalition

Doch zunächst muss der keineswegs eindeutige Begriff der Großen Koalition genauer definiert werden. In der mathematischen Spieltheorie wird unter dem Terminus „grand coalition“ zunächst die Zusammenarbeit aller Akteure verstanden (Rapoport 1970: 78; Branzei/Dimitrov/Tijs 2005: 5). Im Bereich von Regierungsbildungen würde man dies eher als „Allparteien-Koalition“ bezeichnen. Über diese allgemeine Bedeutung hinaus spielt der Begriff in der internationalen Koalitionsforschung kaum eine größere Rolle und wird lediglich als übersetzte Bezeichnung der Großen Koalitionen in Deutschland und Österreich benutzt (z. B. Schmidt 1996; Helms 2006). Dem deutschen Gebrauch folgend könnte man unter Großer Koalition den Zusammenschluss der zwei mandatsstärksten Parteien eines Parteiensystems verstehen (Strohmeier 2009: 8 f.). Nach dieser Definition wären jedoch einige Koalitionen von CDU und SPD in Ostdeutschland, aktuell in Sachsen-Anhalt und Thüringen,² keine Großen Koalitionen, weil in diesen Fällen die Linke stärker ist als die SPD. Andererseits wären die aktuelle rot-rote Koalition in Brandenburg und die rot-grüne Koalition in Bremen Große Koalitionen, weil die CDU in diesen Fällen lediglich drittstärkste Partei ist.

Im Rahmen dieses Beitrags soll daher unter Großer Koalition ein Bündnis von CDU/CSU und SPD verstanden werden, unabhängig von der Frage, ob es sich in

2 Stand Anfang 2014.

der untersuchten Situation tatsächlich um die zwei mandatsstärksten Parteien handelt (so auch Haas 2007: 19; Seemann/Bukow 2010: 9; Gross 2011: 25). Es handelt sich mithin weniger um eine analytische Kategorie, die ländervergleichend Anwendung finden könnte, sondern eine spezifische Parteienkonstellation im nationalen Kontext Deutschlands (Müller 2008: 503). CDU/CSU und SPD sind nicht nur traditionell die zwei³ stärksten Parteien des deutschen Parteiensystems, sie sind auch nach wie vor jeweils Führungsparteien eines durch die sozioökonomische Konfliktlinie definierten Lagers (Jun 2007: 491; Decker 2009 a: 20; Spier 2010: 300 f.). Gerade aufgrund dieser Führungsposition, die in aller Regel auch mit dem Anspruch einhergeht, das Amt des Regierungschefs anzustreben (Müller 2008: 505), ist es interessant zu analysieren, unter welchen Umständen eine dieser Parteien in einer derart definierten Großen Koalition auf genau diese Führungsposition verzichtet. Deswegen werden im Folgenden auch jene Vielparteien-Koalitionen unter Einschluss von CDU/CSU und SPD, die es in Deutschland in der unmittelbaren Nachkriegszeit auf Länderebene gab, nicht als Große Koalitionen verstanden, da hier von vornherein keine Konkurrenzlogik bestand, sondern die Koalitionen meist auf expliziten Wunsch der alliierten Besatzungsmächte zustande kamen.

3. Große Koalitionen in der Koalitionstheorie

Die klassischen formalen Koalitionstheorien zeichnen sich durch recht einfache Modelle aus, die jedoch durch starke akteursbezogene Annahmen gekennzeichnet sind. Es handelt sich bei ihnen um spieltheoretische Ansätze, die von einheitlichen, rationalen und nutzenmaximierenden Akteuren ausgehen und ihre Schlussfolgerungen daraus streng deduktiv ableiten (Kropp 2008: 516 f.). Von einer empirischen Warte aus betrachtet sind derartige Annahmen oftmals kaum haltbar. So gehört es zu den wesentlichen Erkenntnissen der Parteiorganisationsforschung, dass Parteien gerade keine einheitlichen Akteure, sondern fragmentierte, „stratarchische“ Mehrebenensysteme sind, die oftmals keiner hierarchischen Steuerung unterliegen (Eldersveld 1964: 98 ff.; Laver/Schofield 1990: 15 ff.; Katz/Mair 1995: 20 f.). Zudem kann man Parteien nur dann als rational-nutzenmaximierend verstehen, wenn man den Nutzen recht weit in Form einer ganzen Reihe möglicher Parteiziele sieht (Laver/Schofield 1990; Strøm 1990; Harmel/Janda 1994; Strøm/Müller 1999) und auch zulässt, dass mehrere Ziele gleichzeitig in unterschiedlicher Intensivität angestrebt werden können (Sened 1996; Linhart/Pappi 2009). Dennoch liegt der Vorteil der

3 CDU und CSU sind natürlich eigenständige Parteien, da sie aber bei Wahlen nie konkurrierend auftreten und im Bundestag eine gemeinsame Fraktion bilden, werden sie hier – wie in der Parteienforschung üblich – als eine Partei betrachtet.

formalen Koalitionstheorien darin, dass sie einer klaren deduktiven Logik entspringen, sparsame Modelle hervorbringen, die sich auf wesentliche erklärende Faktoren beschränken, und daraus empirisch einfach überprüfbare Hypothesen ableiten können. Im Folgenden soll am Beispiel der drei Großen Koalitionen auf Bundesebene gezeigt werden, dass die klassischen formalen Koalitionstheorien jedoch Schwierigkeiten haben, das Zustandekommen dieses spezifischen Koalitionsmodells zu erklären.

a) Office-seeking-Ansätze

Eine Gruppe von Erklärungsansätzen, die man als *office-seeking*-Ansätze bezeichnen könnte, geht davon aus, dass der Nutzen, den Parteien aus Koalitionen ziehen, sich primär auf eine möglichst umfassende Beteiligung an den Machtressourcen bezieht, insbesondere in Form von Regierungsämtern (Gamson 1961; Riker 1962). Da die Ämterverteilung in der Regel proportional zur parlamentarischen Stärke der jeweils an der Koalition beteiligten Parteien erfolgt (Browne/Franklin 1973), sollten rational-nutzenmaximierende Akteure kleine Gewinnkoalitionen (*minimal winning coalitions*) bilden, also eine Kombination von Parteien, die über eine Regierungsmehrheit verfügen, von denen aber keine weggelassen werden kann, ohne dass auch diese Mehrheit entfiel. In derartigen Koalitionen wird der Anteil an den Ministerposten für die Koalitionsparteien maximiert, weil keine „überzählige“ Partei beteiligt werden muss. In der Regel gibt es jedoch eine ganze Reihe von möglichen kleinen Gewinnkoalitionen. Riker (1962) führt daher den Gedanken der Ämtermaximierung konsequent zu Ende und geht sogar davon aus, dass sich genau jene Kombination von Parteien zu einer Koalition zusammenschließen wird, bei der die Regierungsmehrheit so klein wie möglich ist, (kleinstmögliche Gewinnkoalition, *minimum winning coalition*), denn in dieser Kombination erzielen die beteiligten Parteien den größten Anteil an den zu vergebenden Regierungsämtern.

Konfrontiert man diese theoretischen Überlegungen beispielsweise mit der empirischen Realität der drei Situationen, in denen in Deutschland auf Bundesebene eine Große Koalition gebildet wurde, so stellt man fest, dass es sich bei dieser Option eben nicht um die kleinstmögliche Gewinnkoalition handelte, sondern jeweils andere, kleinere Gewinnkoalitionen möglich waren. 1966 hätten sowohl CDU/CSU-FDP (251+50=301 Mandate) und SPD-FDP (217+50=267 Mandate) die nötige „Kanzlermehrheit“ von 260 Mandaten erreicht, stattdessen bildete sich die Große Koalition mit 468 Mandaten. 2005 hätten CDU/CSU (226 Mandate) und SPD (222 Mandate) zwar mit keiner einzelnen kleinen Partei die nötige Mehrheit von 308 Mandaten erreicht, allerdings wäre jede Kombination einer der beiden großen Par-

teien mit zwei der drei kleinen Parteien auf eine Mehrheit gekommen, die deutlich geringer als die 448 Mandate der Großen Koalition ausgefallen wäre. Und 2013 hätte die Union mit jeder der beiden kleinen Parlamentsfraktionen die nötige Mehrheitsschwelle von 316 Mandaten erreicht, selbst die SPD hätte dies in einer Koalition mit Grünen und Linken realisieren können. Stattdessen kam es zur Großen Koalition mit 504 Mandaten. In allen Fällen verzichteten die Parteien auf Machtressourcen in Form von Regierungsämtern, die ihnen im Fall kleinerer Gewinnkoalitionen potenziell zukommen würden (Müller 2008: 504)

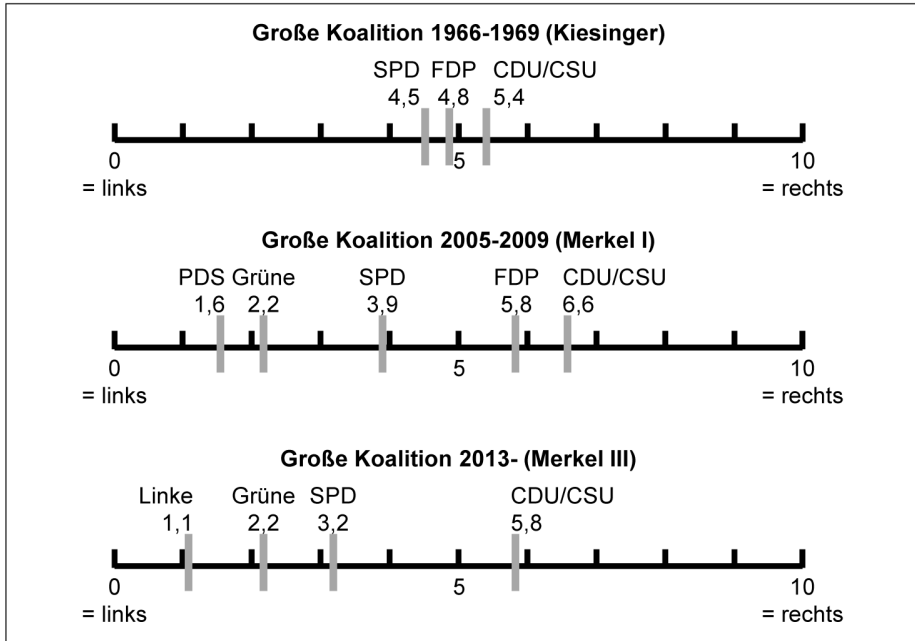
b) Policy-seeking-Ansätze

Ganz offensichtlich ist es daher nicht die Ämtermaximierung, die die Bildung Großer Koalitionen erklären kann. Diese Gruppe von formalen Koalitionstheorien ist „politikblind“ (Linhart/Pappi 2009: 24), sie ignorieren Unterschiede in den inhaltlich-programmatischen Standpunkten der Parteien. Die *policy-seeking*-Ansätze stellen hingegen gerade darauf ab, dass die Akteure die Durchsetzung ihrer inhaltlichen Politikziele maximieren wollen. Eine rational-nutzenmaximierende Partei sollte demgemäß eine Gewinnkoalition anstreben, bei der die Parteien inhaltlich „benachbart“ sind (*minimal connected winning coalition*, Axelrod 1970) oder die die inhaltliche Distanz zwischen den koalitionsbeteiligten Parteien minimiert (*minimal range coalition*, Leiserson 1966; de Swaan 1973). In beiden Fällen werden inhaltliche Konflikte zwischen den Koalitionsparteien gering gehalten, sodass die beteiligten Parteien ein Maximum an eigenen Politikinhalten durchsetzen können.

Doch auch diese Theorien können – auf die empirische Realität angewandt – nicht erklären, warum sich die drei Großen Koalitionen auf Bundesebene gebildet haben. In Abbildung 1 sind die programmatischen Positionen der Bundestagsparteien in den Situationen von 1966, 2005 und 2013 abgetragen. Bei dieser Quantifizierung wird auf die Daten des Comparative Manifestos Project abgestellt (Volkens u. a. 2013), die auf einer qualitativen Kodierung der Wahlprogramme der Parteien beruhen, wobei die hier verwendete Links-Rechts-Skala von 0 bis 10 einer Reanalyse dieser Daten durch Franzmann/Kaiser (2006) entstammt.⁴ 1966 hatte die FDP eine

4 Der Verfasser dankt Simon Franzmann für die Bereitstellung aktualisierter Datenreihen einschließlich der Bundestagswahl 2013.

Abbildung 1: Policy-seeking-Ansätze bei Großen Koalitionen auf Bundesebene



Quelle: Eigene Darstellung; Daten nach Franzmann/Kaiser 2006 mit Aktualisierungen.

zentrale Position zwischen SPD und CDU/CSU inne,⁵ die beiden rechnerisch möglichen Koalitionen mit ihr hätten daher in jedem Fall eine geringere inhaltliche Distanz als die dann realisierte Große Koalition gehabt. In der Situation, in der sich 2005 die zweite Große Koalition bildete, hätte nach den hier verwendeten Daten ein Linksbündnis aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Linken mit 2,3 Skaleneinheiten eine geringere inhaltliche Distanz gehabt als die Koalition von CDU/CSU und SPD (2,7 Skaleneinheiten). Und auch 2013 galt: Rot-Rot-Grün hätte mit 2,1 Skaleneinheiten eine geringere inhaltliche Distanz aufgewiesen als die Große Koalition (2,6 Skaleneinheiten).

Die Reduktion der Politikinhalt auf die Links-Rechts-Dimension ist natürlich unterkomplex und soll hier nur der Illustration dienen. Natürlich könnte man versuchen, die *policy-seeking*-Ansätze besser auf den Erklärungsgegenstand anzupassen.

5 Da die Bundestagswahl 1965 stattfand, die Bildung der Großen Koalition aber erst 1966 nach einer gescheiterten Koalition von CDU/CSU und FDP erfolgte, wird hier auf die Wahlprogramme und die darauf beruhenden Parteipositionen von 1965 zurückgegriffen.

sen, indem man die Politikinhalte komplexer und womöglich realitätsnäher modelliert. So könnte man weitere Politikdimensionen berücksichtigen, um die inhaltlichen Distanzen in einem mehrdimensionalen Politikraum zu ermitteln (so z. B. Pappi/Shikano 2005; Linhart/Pappi 2009; Pappi 2009; Bräuninger/Debus 2012). Auch könnte man kritische Themen heranziehen, die eine Zusammenarbeit zwischen einzelnen Parteien unmöglich machen. So könnte man beispielsweise bestimmte außen- und sicherheitspolitische Positionen der Linken dafür verantwortlich machen, dass andere Parteien Koalitionen mit ihr nicht in Erwägung ziehen oder sogar explizit ausschließen (Pappi 2009: 200). Letztlich kann schon die Bildung von Vorwahlkoalitionen und der Ausschluss bestimmter Koalitionsoptionen auch als Resultat von policy-orientierten Momenten gewertet werden (Golder 2005, 2006; Bräuninger/Debus 2008, 2009; Debus 2009). Es bleiben jedoch Zweifel, dass man das Zustandekommen Großer Koalitionen allein auf die inhaltliche Nähe der beiden beteiligten Parteien zurückführen kann.

c) Andere Ansätze

Nun werden in der Koalitionsforschung neben den spieltheoretisch fundierten formalen Koalitionstheorien auch eher induktiv generierte Ansätze vertreten, die sich zumeist auf die situativen Umstände der Koalitionsbildung beziehen. Auch hier gibt es keine ausformulierten Theorien, die Große Koalitionen explizit zum Gegenstand haben, aber es finden sich sehr wohl einige Argumente, die als *ad hoc*-Erklärungen für dieses spezifische Koalitionsmuster herangezogen werden können (vgl. auch die Übersicht bei Müller 2008: 508 ff.). Eine Reihe von Autoren verweist als Motiv für den Abschluss Großer Koalitionen zunächst auf die in der Regel gegebene große Parlamentsmehrheit: Schon deswegen seien Große Koalitionen zur Überwindung von Krisen- und Ausnahmesituationen geeignet (Woyke 2003: 274; Müller 2008: 515; März 2012: 75). Zudem sind sie aus demselben Grund in der Lage, größere und unter Umständen unpopuläre Reformen durchzusetzen (Strohmeier 2009: 12), gerade auch weil in Großen Koalitionen die Konkurrenzlogik zwischen den beiden Führungsparteien der zwei Lager aufgehoben ist. Überdies sei ein gewisses „Sicherheitspolster“ an Mandaten für die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit ohnehin sinnvoll (Müller 2008: 509). Auch wird vorgebracht, dass vor dem institutionellen Hintergrund der Bundesrepublik Deutschland Große Koalitionen geeignet seien, um die für Verfassungsänderungen notwendige qualifizierte Zweidrittel-Mehrheit zu erreichen (ebd.: 510) oder um sichere Bundesratsmehrheiten zu erhalten und unterschiedliche Mehrheitsverhältnisse in Bundestag und Bundesrat zu beseitigen (Stüwe 2008: 24). In Anbetracht der Tatsache, dass die aktuelle Große Ko-

alition auf Bundesebene trotz großer parlamentarischer Mehrheit über keine eigene Bundesratsmehrheit verfügt, lässt das letzte Motiv jedoch zweifelhaft erscheinen.

Andere Autoren verweisen darauf, dass Große Koalitionen wahrscheinlicher werden, wenn rechnerisch mögliche alternative Koalitionsoptionen ausgeschlossen werden, weil potenzielle Koalitionspartner als nicht koalitionsfähig angesehen werden (Müller 2008: 513 ff.; Strohmeier 2009: 11; Klecha 2011: 336; März 2012: 75). So wurden die Grünen in den frühen 1980er Jahren selbst von der SPD als nicht uneingeschränkt koalitionsfähig erachtet, für die CDU/CSU galt dies bis in die 2000er Jahre hinein. Eine Koalition mit der PDS bzw. der Linken wird von den Unionsparteien generell ausgeschlossen, während die SPD dies seit den 1990er Jahren zumindest für Ostdeutschland nicht mehr generell tut – im Westen der Republik ist dieser Schritt zumindest problematischer, wie man an der gescheiterten Tolerierung einer rot-grünen Minderheitsregierung durch die Linke 2008 in Hessen erkennen kann. Rechtsaußenparteien werden von allen etablierten Parteien als nicht-koalitionsfähig erachtet, wobei sowohl SPD wie auch CDU auf der Länderebene bereits mit populistischen Formationen wie der Statt- oder Schill-Partei kooperiert haben. Der Ausschluss bestimmter Koalitionsmuster muss nicht immer generell und bereits im Vorfeld von Wahlen in Form von „negativen Koalitionsaussagen“ (Decker 2009 b: 435) erfolgen, sondern kann auch der situativen Bewertung durch die Parteispitzen im Sinne einer *vote-seeking*-Strategie entspringen, die befürchten, dass sich eine mögliche Koalition negativ für die eigene Partei bei den nächsten Wahlen auswirkt (Klecha 2011: 337).

4. Untersuchungsdesign und Datenbasis

Der vorliegende Beitrag möchte den skizzierten Defiziten insbesondere der spieltheoretisch fundierten formalen Koalitionstheorien bei der Erklärung des Zustandekommens Großer Koalitionen dadurch begegnen, dass er den Untersuchungsgegenstand auf die Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern von 1949 bis 2013 ausweitet und untersucht, welche Eigenschaften Große Koalitionen im Vergleich zu anderen Regierungskonstellationen aufweisen und inwiefern Eigenschaften des Parteiensystems den Abschluss derartiger Koalitionen beeinflussen. Das hier angewandte explorative Untersuchungsdesign möchte Hinweise auf mögliche Determinanten der Bildung Großer Koalitionen liefern, die dann in eine induktive Theoriebildung einmünden können.

Der Rückgriff auf die Landesebene ist aus mehrerlei Gründen sinnvoll: Zunächst lässt sich so die Datenbasis erheblich erweitern. Statt drei Große Koalitionen aus 23 Regierungskonstellationen auf Bundesebene zu analysieren, können so 29 Große

Koalitionen aus 231 Landesregierungen einer Untersuchung unterzogen werden. Darüber hinaus erscheint ein Rückgriff auf die Landesebene auch inhaltlich gerechtfertigt, um das Zustandekommen Großer Koalitionen zu untersuchen: Die Parteiensysteme von Bund und Ländern weisen nämlich ein hohes Ausmaß an struktureller Kongruenz auf, auch wenn mit der Wiedervereinigung 1990 eine disparate Gruppe von Parteiensystemen hinzugekommen ist (Haas/Jun/Niedermayer 2008; Leung 2012: 96). Zudem sind die Koalitionsmuster in Bund und Ländern in der Regel recht ähnlich, wobei interessanterweise den Ländern eine Innovationsfunktion bei der Erprobung neuer Koalitionsmuster zukommt (Haas/Jun/Niedermayer 2008: 32 f.) und bestimmte Koalitionsmuster auf Bundesebene in den Ländern vorbereitet werden (Jun/Cronqvist 2013: 226 ff.). Den Vorteilen dieser Vorgehensweise stehen eine Reihe von Limitationen gegenüber: Eine Überprüfung der klassischen Koalitionstheorien auf Ebene der Bundesländer ist in dem hier angestrebten Untersuchungszeitraum nicht möglich, da insbesondere Parteipositionen für die Operationalisierung der *policy-seeking*-Ansätze erst für den Zeitraum seit 1990 zur Verfügung stehen (Bräuninger/Debus 2012). Zudem lässt der Rückgriff auf die Landesebene natürlich nur ganz bedingt Rückschlüsse für die Bildung Großer Koalitionen auf Bundesebene zu, die einem doch recht unterschiedlichen institutionellen Setting unterliegen: Die legislativen Kompetenzen der Landesparlamente sind im Vergleich zum Bundestag eher gering, während der Einfluss der Landesregierungen im Vergleich zum politischen System des Bundes eher größer sein dürfte. Es ist nicht auszuschließen, dass diese institutionellen Unterschiede zwischen Bund und Ländern auch Einfluss auf die Bildung Großer Koalitionen haben.

Den folgenden Analysen liegt ein Datensatz mit Informationen zur Zusammensetzung von Landesparlamenten und -regierungen sowie daraus abgeleiteten Parteienseiteneigenschaften zugrunde. Als Fälle werden im Folgenden alle Landesregierungen seit 1949 betrachtet, wobei die zum Zeitpunkt der Gründung der Bundesrepublik bereits bestehenden Regierungen mit eingeschlossen werden. Baden-Württemberg wird mit seiner Gründung 1952, das Saarland mit seinem Beitritt zur Bundesrepublik 1957 und die neuen Bundesländer mit der Wiedervereinigung 1990 in die Analyse einbezogen. Als neue Regierung wird jede Konstellation gewertet, die nach einer Neuwahl des Landesparlaments oder eines Wechsels in der parteipolitischen Zusammensetzung der Landesregierung zustande kam. Der bloße Wechsel der Person des Regierungschefs im Laufe einer Legislaturperiode wird – anders als die Konvention bei Kabinetten (Saalfeld 2007: 205) – nicht als neuer Fall behandelt.

5. Große Koalitionen auf der Ebene der Bundesländer

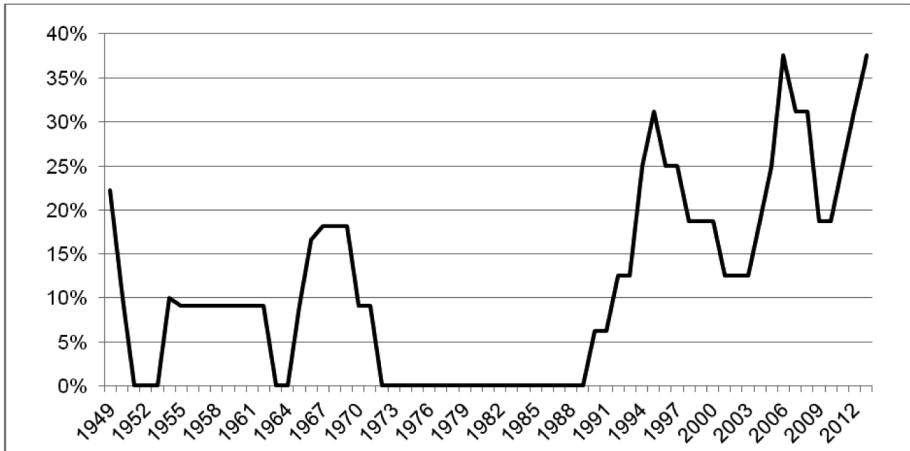
Mithilfe dieser Datenbasis soll nun das Vorkommen Großer Koalitionen sowohl zeitlich wie auch räumlich beschrieben, wesentliche Eigenschaften dieser Koalitionen im Vergleich zu anderen Regierungskonstellationen analysiert und schließlich der Versuch unternommen werden, das Zustandekommen Großer Koalitionen über Eigenschaften des Parteiensystems zu erklären.

a) Zeitliches und räumliches Vorkommen Großer Koalitionen

Wie auf der Bundesebene gehören Große Koalitionen auch in den Bundesländern eher zu den seltenen Koalitionsmustern. Lediglich 29 von 231 Landesregierungen von 1949 bis 2013 waren Bündnisse alleine von CDU und SPD,⁶ was rund 12,6 % ausmacht. Dies entspricht in etwa der relativen Häufigkeit dieses Bündnisses auf der Bundesebene (13,0 %). Über die Zeit betrachtet variiert der Anteil Großer Koalitionen an den Landesregierungen jedoch deutlich (Abbildung 2): Zur Zeit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland bestanden in Hessen und Rheinland-Pfalz bereits Große Koalitionen, wobei diese im Vergleich zu den in vielen anderen Ländern existierenden Viel- oder Allparteien-Regierungen noch zu den „kleineren“ Koalitionen gehörten. Doch der Trend zu kleinen Gewinnkoalitionen unter Führung einer größeren Volkspartei setzte sich auch auf der Ebene der Länder durch. Die Viel- und Allparteienregierungen schwanden genauso wie die Großen Koalitionen von CDU und SPD. In den 1950er Jahren wurde lediglich in Berlin, das im Brennpunkt des Ost-West-Konflikts stand, eine acht Jahre andauernde Große Koalition gebildet (Reichart-Dreyer 2008: 149 f.). In den 1960er Jahren zerbrachen zwei kleine Koalitionen in Baden-Württemberg und Niedersachsen jeweils in der Mitte der Legislaturperiode und wurden durch Große Koalitionen ersetzt, die dann auch nach der nächsten Wahl fortgesetzt wurden – auch weil die zwischenzeitlich in viele Landtage eingezogene NPD kleine Koalitionen schwieriger machte (Eith 2008: 110 f.; Koß/Spier 2008: 300).

6 Die CSU hat in Bayern nie eine Große Koalition im hier untersuchten Sinn mit der SPD gebildet. CSU und SPD bildeten allerdings 1946-1947 und dann wieder 1950-1954 „übergroße“ Koalitionen unter Einschluss weiterer kleinerer Parteien.

Abbildung 2: Anteil Großer Koalitionen an allen Landesregierungen 1949-2013

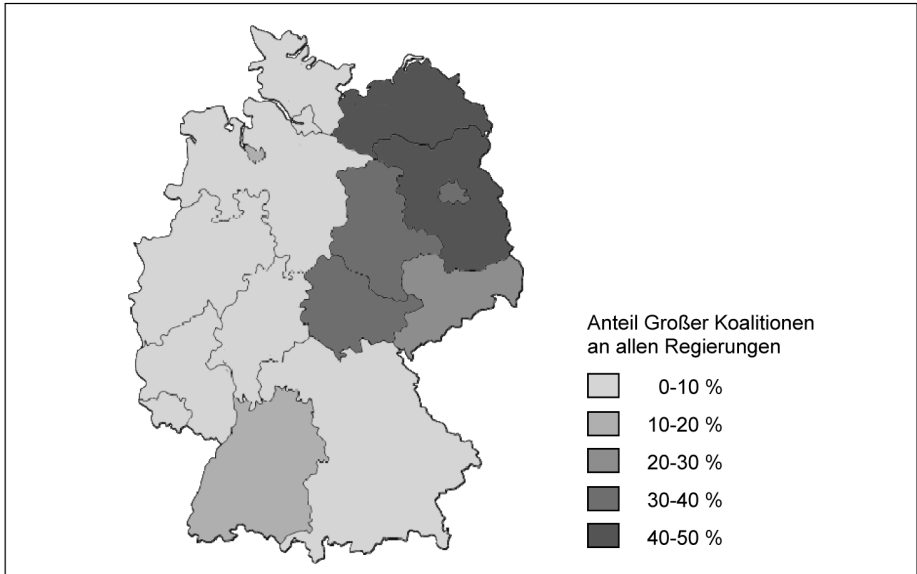


Quelle: Eigene Berechnung.

In den 1970er und 1980er Jahren wurden dann in den Bundesländern keine neuen Großen Koalitionen mehr geschlossen. Erst nach der Abgeordnetenhauswahl 1990 kam im vereinigten Berlin wieder eine Große Koalition zustande. In der Folge nahm die Zahl Großer Koalitionen erneut zu. Neben vielen derartigen Koalitionsusername in den ostdeutschen Bundesländern kamen seit 1990 auch einzelne Große Koalitionen in westdeutschen Ländern wie Baden-Württemberg (1992), Bremen (1999, 2003), Schleswig-Holstein (2005) und jüngst im Saarland (2012) zustande. Derzeit werden mehr als ein Drittel (6 von 16) aller Landesregierungen durch Bündnisse von CDU und SPD getragen. Bemerkenswert ist die zeitliche Koinzidenz des Anstiegs großer Koalitionen mit dem Aufkommen von als nicht koalitionsfähig erachteter Parteien: Sowohl die Erfolge der NPD in den späten 1960er Jahren, wie auch die Zeit nach der Wiedervereinigung mit der Etablierung der PDS in Ostdeutschland und verschiedenen Landtagseinzügen diverser Rechtsaußenparteien gingen mit einer Erhöhung des Anteils Großer Koalitionen in den Bundesländern einher.

Diese Koinzidenz wird auch deutlich, wenn man sich die räumliche Verteilung der Häufigkeit Großer Koalitionen vor Augen führt (siehe Abbildung 3). Allen voran in den ostdeutschen Bundesländern bilden derartige Koalitionsusername zumeist ein Drittel bis fast die Hälfte aller Landesregierungen. Die PDS bzw. die Linke ist in diesen Bundesländern generell stark, hinzu kommen immer wieder Einzüge der Rechtsaußenparteien DVU und NPD. In den westdeutschen Bundesländern sind

Abbildung 3: Anteil Großer Koalitionen in den einzelnen Bundesländern 1949-2013



Quelle: Eigene Berechnung.

Große Koalitionen in der Regel selten und machen zumeist weniger als zehn Prozent der Landesregierungen aus. Lediglich in Baden-Württemberg, Bremen und Berlin (vor 1990: West-Berlin) kommen Bündnisse von CDU und SPD häufiger vor, wobei diese Länder sich gerade dadurch auszeichnen, dass hier immer wieder Rechtsaußenparteien in die Landtage einzogen.

b) Eigenschaften Großer Koalitionen im Vergleich zu anderen Regierungskonstellationen

Welche Eigenschaften weisen nun Große Koalitionen im Vergleich zu anderen Regierungskonstellationen auf? In Tabelle 1 werden verschiedene quantitative Indikatoren für diese beiden Vergleichsgruppen präsentiert. Zunächst zum Offensichtlichen: Große Koalitionen verfügen mit durchschnittlich 74,4 % der Parlamentsmandate über sehr komfortable Mehrheiten in den deutschen Landtagen, insbesondere wenn man sie mit den 56,8 % vergleicht, die alle anderen Regierungskonstellation durchschnittlich erzielen. Über einen Mehrheits- oder Minderheitsstatus sagen diese Mittelwerte aber noch wenig aus. Daher wurde im Weiteren zwischen drei Kategorien von Regierungsmodellen unterschieden. Minderheitskoalitionen bzw.

-regierungen fehlt zunächst eine parlamentarische Mehrheit, während bei kleinen Gewinnkoalitionen zwar eine Mehrheit gegeben ist, diese aber wegfällt, wenn auch nur eine der beteiligten Parteien ausscheidet. Dies ist natürlich auch bei jeder Alleinregierung einer Partei mit parlamentarischer Mehrheit der Fall. Schließlich gibt es noch das Modell der übergroßen Mehrheitskoalition, bei der zumindest eine Partei wegfallen könnte, ohne dass die Regierungsmehrheit entfiel. Auf der Ebene der Länder findet sich zunächst keine Große Koalition, die einen Minderheitenstatus gehabt hätte. Dies wäre trotz schrumpfender Mehrheiten der Volksparteien auch relativ erstaunlich. Es handelt sich fast immer um kleine Gewinnkoalitionen (93,1 %) – deutlich häufiger, als dies bei anderen Regierungskonstellationen der Fall ist (76,4 %). Nur selten (6,9 %) – und noch seltener als bei den übrigen Konstellationen (14,8 %) – sind Große Koalitionen in dem Sinn übergroß, als dass eine der beiden Parteien alleine über eine Regierungsmehrheit verfügen würde. Hierbei handelt es sich allein um die beiden Großen Koalitionen in Berlin der 1950er Jahre, die auch der besonderen Situation West-Berlins in der Blockkonfrontation geschuldet sind. Große Koalitionen sind damit – bis auf diese Besonderheit – gerade nicht Ausdruck einer überparteilichen konsensdemokratischen Zusammenarbeit, sondern im technischen Sinn kleine Gewinnkoalitionen, die aus noch zu ermittelnden Gründen anderen, kleineren Gewinnkoalitionen vorgezogen werden.

Tabelle 1: Eigenschaften Großer Koalitionen im Vergleich zu anderen Regierungen

	Große Koalitionen	Andere Regierungen
Regierungsmehrheit (mittlerer Anteil an Parlamentsmandaten in Prozent)	74,4	56,8
Regierungsmodell (in Spaltenprozenten)		
Minderheitskoalitionen und -regierungen	0,0	8,9
Kleine Gewinnkoalitionen und -regierungen	93,1	76,4
Übergroße Mehrheitskoalitionen	6,9	14,8
Regierungsformat (mittlere Zahl der Parteien)	2,00	1,77
Regierungsfragmentierung (mittlere effektive Zahl der Parteien)	1,93	1,39
Regierungsasymmetrie (Mittelwert Anteil bürgerliche Parteien – Anteil linker Parteien an der Regierung)	0,06	0,07
Regierungsstabilität (mittlere Dauer in Tagen)	1.313	1.291
Fallzahl (n)	29	303

Quelle: Eigene Berechnung.

Wenig überraschend ist, dass Große Koalitionen immer von zwei Parteien gebildet werden. Damit ist das Regierungsformat im Sinne der mittleren Zahl an der Regierung beteiligter Parteien deutlich höher als bei den übrigen Regierungskonstellationen, die durchschnittlich 1,77 Regierungsparteien aufweisen. Die Regierun-

fragmentierung im Sinne der effektiven Zahl an der Regierung beteiligter Parteien ist ein Indikator, der die Größenverhältnisse der Regierungsparteien mit in das Kalkül einbezieht und so Aussagen darüber erlaubt, ob einzelne Parteien in den beiden zu vergleichenden Regierungskonstellationen dominieren.⁷ In der Tat sind Große Koalitionen durch ein sehr hohes Gleichgewicht der beiden koalitionsbeteiligten Parteien geprägt, die effektive Zahl an regierungsbeteiligten Parteien von 1,93 liegt sehr dicht an der tatsächlichen Zahl von 2. Andere Regierungskonstellationen sind mit einer effektiven Zahl von beteiligten Parteien in Höhe von 1,39 demgegenüber weitaus weniger fragmentiert, selbst wenn man berücksichtigt, dass auch die mittlere tatsächliche Zahl der Regierungsparteien geringer ist.

Der Indikator der Regierungsasymmetrie erfasst schließlich die politische „Färbung“ der Regierung. Allgemein wird davon ausgegangen, dass das deutsche Parteiensystem durch eine bipolare Struktur gekennzeichnet ist, in dem sich zwei elektoral und koalitionspolitisch abgrenzbare Lager – das „bürgerliche“ und das „linke“ – gegenüberstehen (Jun 2007: 491; Niedermayer 2008: 21; Decker 2009 a: 20; Spier 2010: 299 ff.). Für diese Segmentierung des deutschen Parteiensystems wird vor allem die sozioökonomische Konfliktlinie verantwortlich gemacht, gleich ob in der klassischen Form des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit oder in der modernen des Konflikts zwischen Marktfreiheit und sozialer Gerechtigkeit. Ordnet man alle Parteien diesen beiden Lagern zu,⁸ so lässt sich die Regierungsasymmetrie als Anteil bürgerlicher Parteien an den Mandaten der Regierungsparteien abzüglich der Anteile der linken Parteien berechnen. Positive Werte indizieren eine Dominanz bürgerlicher Parteien, negative eine ebensolche der Parteien des linken Lagers. Aus Tabelle 1 geht hervor, dass im Mittel sowohl in Großen Koalitionen wie auch in den

7 Die effektive Zahl von Parteien (EZP, Laakso/Taagepera 1979) wird nach der Formel

$$EZP = \frac{1}{\sum_{i=1}^n p_i^2}$$

berechnet, wobei n die Anzahl der Parteien in der Regierung und p_i den Anteil der i -ten Partei an allen Mandaten der Regierung darstellt. Sind die Mandatsanteile aller Parteien der Regierung gleich groß, entspricht EZP der Anzahl von Regierungsparteien. Je höher der Mandatsanteil einer Partei an der Regierung ist, desto eher nähert sich EZP dem Wert 1 an.

8 Für die Regierungsasymmetrie wie auch die parlamentarische Asymmetrie, die im nächsten Abschnitt benötigt wird, soll auf die folgende Zuordnung der Parteien auf die beiden Lager zurückgegriffen werden: Bürgerliches Lager: BP, BHE, BIW, CDU, CSU, CVP, DP, DRP, DSP, DVU, DZP, FDP, GDP, FW, NPD, REP, RSF, SVP, SVP/CVP, Schill, SRP, Statt, WdF, WAV; Linkes Lager: AfB, DDU, Grüne bzw. B90/Grüne, KPD, Piraten, PDS bzw. Linke, SPD, SPS, SED (West-Berlin), SSW.

übrigen Regierungskonstellationen eine leichte Asymmetrie zugunsten der bürgerlichen Parteien besteht. Von den 29 Großen Koalitionen war in 16 Fällen die CDU die mandatsstärkere Partei, in 13 die SPD. Schließlich unterscheiden sich Große Koalitionen und andere Regierungskonstellationen kaum in der Regierungsstabilität. Tendenziell sind Große Koalitionen mit durchschnittlich 1.313 Tagen Regierungsdauer sogar leicht stabiler als alle anderen Konstellationen, die im Mittel auf 1.291 Tage kommen. Dieser Befund bleibt auch dann bestehen, wenn man unterschiedlich lange Legislaturperioden berücksichtigt.

c) Erklärung Großer Koalitionen über Parteienseystemeigenschaften

Doch wie lässt sich die Bildung Großer Koalitionen erklären? Neben den spieltheoretischen Koalitionstheorien gibt es eine Gruppe von Ansätzen, die vor allem die Eigenschaften von Parteiensystemen als wesentlichen Faktor für die Erklärung des Zustandekommens von Regierungskoalitionen heranziehen (z. B. Dodd 1976; Jun 1994; Kropp/Sturm 1998). In der Tat ist es plausibel, dass sich in bestimmten Situationen, die sich mithilfe quantitativer Eigenschaften von Parteiensystemen abbilden lassen, gerade Große Koalitionen bilden, die sich ansonsten allein aus der spieltheoretischen Binnenlogik des Verhandlungsprozesses heraus nicht erklären lassen. Es soll mithin im Folgenden darum gehen, in welchen situativen Kontexten Große Koalitionen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit gebildet werden.

(1) Hypothesen zum Einfluss von Eigenschaften des Parteiensystems

In der Politikwissenschaft werden eine ganze Reihe von quantitativen Parteienseystemeigenschaften diskutiert, die sowohl auf die elektorale wie parlamentarische Ebene bezogen werden können (vgl. die Übersichten bei Niedermayer 1996; Ware 1996; Saalfeld 2007). Im Rahmen einer Auseinandersetzung mit der Koalitionsbildung soll hier alleine auf die hierfür relevante parlamentarische Ebene abgestellt werden. Das *parlamentarische Format* ist zunächst ein einfacher Indikator, der sich schlicht auf die Zahl der im Parlament vertretenen Parteien bezieht. Man könnte annehmen, dass Große Koalitionen sich eher in Situationen bilden, in denen die Bildung einer anderen, kleinen Koalition durch eine hohe Zahl von Parlamentsparteien erschwert wird. Allerdings sagt das parlamentarische Format noch wenig über die Kräfteverhältnisse der Parteien aus. Das Konzept der *parlamentarischen Frag-*

mentierung, operationalisiert über die effektive Zahl an Parteien⁹ (Laakso/Taagepera 1979), berücksichtigt dieses Kräfteverhältnis, indem es die Zahl der Parteien mit deren relativer Stärke gewichtet. Auch hier sollte davon ausgegangen werden, dass Große Koalitionen umso wahrscheinlicher sind, je fragmentierter das parlamentarische Parteiensystem ausfällt.

Während die bisherigen Indikatoren vor allem eine Beschreibung des Zustandes eines Parteiensystems zu einem bestimmten Zeitpunkt sind, sollte auch die Dynamik des Wandels modelliert werden. Die *parlamentarische Volatilität*, operationalisiert über den Pedersen-Index¹⁰ (Pedersen 1979), ist ein solcher dynamischer Aspekt, der Veränderungen in der Zusammensetzung eines Parlaments im Vergleich zur Vorwahl misst. Man könnte annehmen, dass gerade eine hohe Volatilität, die häufig mit dem Ausscheiden alter Parteien aus und dem Einziehen neuer ins Parlament einhergeht, die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass Große Koalitionen geschlossen werden, um mit den Veränderungen umzugehen.

Der *parlamentarische Konzentrationsgrad* ist schließlich ein relativ einfacher Indikator, der die Stärke der Volksparteien über die Summe der Mandatsanteile von CDU/CSU und SPD erfasst. Man sollte in diesem Kontext erwarten, dass Große Koalitionen dann wahrscheinlicher sind, wenn dieser Konzentrationsgrad niedrig ist, denn dann nähern sich CDU/CSU und SPD einer kleinstmöglichen Gewinnkoalition an. Ein hoher parlamentarischer Konzentrationsgrad sollte hingegen dazu führen, dass eine einzelne Volkspartei entweder selbst eine eigene Parlamentsmehrheit hat oder zumindest leichter eine kleine Gewinnkoalition bilden kann, was natürlich die Chancen der Bildung einer Großen Koalition verringert.

Die *parlamentarische Asymmetrie* bezieht sich auf die Frage, welches politische Lager zum Zeitpunkt der Regierungsbildung dominant ist. Der Indikator wird ope-

9 Die effektive Zahl von Parlamentsparteien wird analog der Beschreibung in Fußnote 7 berechnet, wobei alle Parlamentsparteien und nicht nur die Parteien der Regierung in die Berechnung einbezogen werden.

10 Der Pedersen-Index wird nach der Formel

$$PV = \sum_{i=1}^n \frac{|(p_{it} - p_{i(t-1)})|}{2}$$

berechnet, wobei n die Anzahl der Parteien im Parlament, p_{it} den Anteil der i -ten Partei an den Parlamentsmandaten zum Zeitpunkt t und $p_{i(t-1)}$ denselben Mandatsanteil zum Zeitpunkt der vorherigen Parlamentskonstellation darstellt. Gab es keine vorherige Parlamentskonstellation, so wurde ein fehlender Wert angenommen. Der Index hat den Wert 1, wenn alle ursprünglichen Parteien nicht mehr im Parlament vertreten sind und durch neue Parteien ersetzt wurden. Der Wert 0 zeigt an, dass es keine Veränderung der Mandatsanteile zum vorherigen Zeitpunkt gibt.

rationalisiert als Differenz zwischen dem Mandatsanteil bürgerlicher Parteien und dem Mandatsanteil linker Parteien.¹¹ Der Indikator nimmt demnach negative Werte an, wenn das Parlament eine linke Mehrheit besitzt, während positive Werte eine bürgerliche Dominanz indizieren. Angesichts der Tatsache, dass zumindest in den letzten Jahren dem linken politischen Lager nachgesagt wird, nur eingeschränkt koalitionsfähig zu sein (Korte 2009: 4; Spier 2013: 374), könnte man annehmen, dass eine negative parlamentarische Asymmetrie – also eine linke parlamentarische Mehrheit – mit einer höheren Tendenz zur Bildung Großer Koalitionen einhergeht. Schließlich soll auch erfasst werden, inwiefern andere Koalitionsoptionen durch die Struktur des Parteiensystems erleichtert oder erschwert werden. Ein Indikator in diesem Zusammenhang ist der *Mandatsanteil von als nicht-koalitionsfähig erachteter Parteien*. Je höher dieser ist, desto wahrscheinlicher werden Große Koalitionen, die eine Zusammenarbeit mit derartigen Parteien unnötig machen. Häufig werden rechte und linke Flügelparteien als nicht-koalitionsfähig erachtet.¹² Die Frage der Koalitionsbereitschaft gegenüber derartigen Parteien ist jedoch ein dynamischer Prozess. War die SPD in den frühen 1980er Jahren häufig nicht bereit, mit den Grünen eine Koalition abzuschließen, ist dies heute selbst für CDU und FDP kein Problem mehr. Es wird daher angenommen, dass eine derartige Flügelpartei jeweils im Jahr nach ihrer zweiten Regierungsbeteiligung als koalitionsfähig gilt.¹³ Schließlich erfasst ein letzter Indikator die Frage, ob *keine alternative Koalition innerhalb eines der beiden politischen Lager* möglich ist. Hierzu wird eine Dummy-Variable verwendet, die nur dann den Wert 1 annimmt, falls in einer untersuchten Konstellation keines der beiden koalitionspolitischen Lager über eine eigene Parlamentsmehrheit verfügt, wobei die als nicht-koalitionsfähig erachteten Parteien des eigenen Lagers nicht für diese Mehrheit berücksichtigt werden. Wenn man davon ausgeht, dass Parteien dazu tendieren, lagerinterne Koalitionen zu bilden (Spier 2010), dann sollte die Abwesenheit einer solchen Möglichkeit die Wahrscheinlichkeit Großer Koalitionen erhöhen.

11 Für die Lagereinteilung vergleiche Fußnote 8.

12 Als nicht-koalitionsfähig werden hier die folgenden Parteien gewertet: BIW, DDU, DRP, DSP, DVU, Grüne (bis 1990), KPD, PDS/Linke (im Osten nur bis 2002), NPD, REP, RSF, Schill, SED (West-Berlin) und SRP.

13 Bei den Grünen ist dies das Jahr 1990, bei der PDS bzw. Linken wird noch einmal nach Ost- und Westdeutschland unterschieden. Die Linke in Ostdeutschland wird nach dem genannten Kriterium ab 2002 nicht mehr als nicht-koalitionsfähige Partei berücksichtigt, im Westen ist sie es bis zum Ende des Untersuchungszeitraums.

(2) Deskription der unabhängigen Variablen und bivariate Zusammenhänge

In Tabelle 2 sind wesentliche deskriptive Kennzahlen für die genannten Indikatoren aufgeführt. Zusätzlich wurden Korrelationen mit der binärkodierte Variable Große Koalition (ja=1, nein=0) berechnet, um einen ersten Eindruck von möglichen Zusammenhängen zu bekommen. Es ist strittig, ob Signifikanztests sinnvoll auf Vollerhebungen wie die vorliegende angewandt werden können (Behnke 2005; Broscheid/Gschwend 2005). Da nicht ausgeschlossen werden kann, dass die hier untersuchten Daten – wie immer gearteten – stochastischen Prozessen unterliegen, werden im Folgenden auch die Ergebnisse der Signifikanztests ausgewiesen.

Tabelle 2: Parteiensystemeigenschaften und Korrelationen mit Großen Koalitionen

	N	Min.	Max.	\bar{x}	SD	Korr.
Parlamentarisches Format	232	2	9	4,01	1,20	0,052
Parlamentarische Fragmentierung	232	1,73	4,89	2,76	0,63	0,203**
Parlamentarische Volatilität	224	0,00	0,66	0,11	0,08	0,044
Parlamentarischer Konzentrationsgrad	232	0,42	1,00	0,81	0,12	-0,224***
Parlamentarische Asymmetrie	232	-0,59	0,56	0,02	0,21	-0,192**
Anteil nicht-koalitionsfähiger Parteien	232	0,00	0,40	0,06	0,09	0,383***
Keine alternative Lagerkoalition mögl.	232	0	1	0,17	0,38	0,242**

Quelle: Eigene Berechnung. Signifikanzniveaus * = $p < 0,05$; ** = $p < 0,01$; *** = $p < 0,001$.

Die Korrelationen mit den Parteiensystemeigenschaften liefern erste Hinweise für die Überprüfung der im letzten Abschnitt formulierten Hypothesen: Je fragmentierter ein Parteiensystem und je höher der Anteil nicht-koalitionsfähiger Parteien, desto eher werden Große Koalitionen geschlossen. Es ist auch ein positiver Zusammenhang mit Situationen zu erkennen, in denen keine alternative Lagerkoalition möglich ist. Des Weiteren geht ein hoher parlamentarischer Konzentrationsgrad mit der Tendenz einher, keine Großen Koalitionen zu bilden. Die negative Korrelation der parlamentarischen Asymmetrie mit dem Abschluss Großer Koalitionen ist hypothesenkonform dahingehend zu interpretieren, dass in der Tat Große Koalitionen eher in Situationen gebildet werden, in denen das linke politische Lager eine Mehrheit hat (negative Asymmetriewerte). Die übrigen zwei Indikatoren weisen keine signifikanten Zusammenhänge mit dem Vorkommen Großer Koalitionen auf, bestätigen aber in ihrer Richtung die formulierten Hypothesen: Derartige Koalitionen sind eher in Situationen zu finden, in denen Format und Volatilität hoch sind.

(3) Multivariate Analyse des Einflusses von Eigenschaften des Parteiensystems

Im Folgenden sollen die Einflüsse der Parteienseiteneigenschaften auf die Wahrscheinlichkeit der Bildung Großer Koalitionen genauer untersucht werden. In Tabelle 3 finden sich die Ergebnisse von logistischen Regressionen, die den Einfluss der unabhängigen Variablen auf die abhängige jeweils einzeln und in einem Gesamtmodell schätzen. Die Variablen Format, Fragmentierung und Konzentrationsgrad korrelieren stark miteinander, weswegen zur Vermeidung von Multikollinearitätsproblemen nur auf die theoretisch am relevantesten erscheinende Größe der parlamentarischen Fragmentierung zurückgegriffen wird. Die Modelle M_1 bis M_5 schätzen den Effekt der einzelnen Indikatoren auf die abhängige Variable und bestätigen – bis auf den nicht-signifikanten Effekt der parlamentarischen Volatilität – die oben formulierten Hypothesen. Ausweislich des Gütemaßes Pseudo- R^2 kann insbesondere der Anteil als nicht-koalitionsfähig erachteter Parteien die Wahrscheinlichkeit des Zustandekommens Großer Koalitionen gut erklären. Aber auch die parlamentarische Fragmentierung, die parlamentarische Asymmetrie und die Dummy-Variable, die Situationen erfasst, in denen keine alternative Lagerkoalition möglich ist, leisten noch einen nennenswerten Beitrag zur Erklärung des Phänomens.

Interessant sind jedoch insbesondere die Veränderungen, die sich durch eine Berücksichtigung aller fünf Variablen in einem Modell ergeben (M_6): Hier ist nur noch der Anteil als nicht-koalitionsfähig erachteter Parteien ein signifikant positiver Prädiktor des Abschlusses Großer Koalitionen. Die Effektstärke aller anderen Variablen geht teilweise deutlich zurück, bei der parlamentarischen Asymmetrie wechselt sogar die Einflussrichtung. Diese übrigen Effekte erweisen sich aber allesamt als nicht signifikant, wobei insbesondere die Dummy-Variable „Keine alternative Lagerkoalition möglich“ noch an konventionelle Signifikanzniveaus heranreicht. Inhaltlich lässt sich dieser Befund vor allem dahingehend interpretieren, dass Große Koalitionen zwar in solchen Situationen wahrscheinlicher sind, in denen ein Parteiensystem von einer hohen Fragmentierung und einer Asymmetrie zugunsten des linken politischen Lagers geprägt ist, jedoch ist dies insbesondere der Fall, wenn ein hoher Anteil als nicht-koalitionsfähig erachteter Parteien vorhanden ist. Dies ist typischerweise in den ostdeutschen Parteiensystemen nach der Wende der Fall, in der die lange Zeit als nicht-koalitionsfähig erachtete PDS zwar zu Mehrheiten des linken politischen Lagers beiträgt und durch ihre Existenz die Fragmentierung erhöht, von den anderen Parteien aber nicht uneingeschränkt als Koalitionspartner in Betracht gezogen wird.

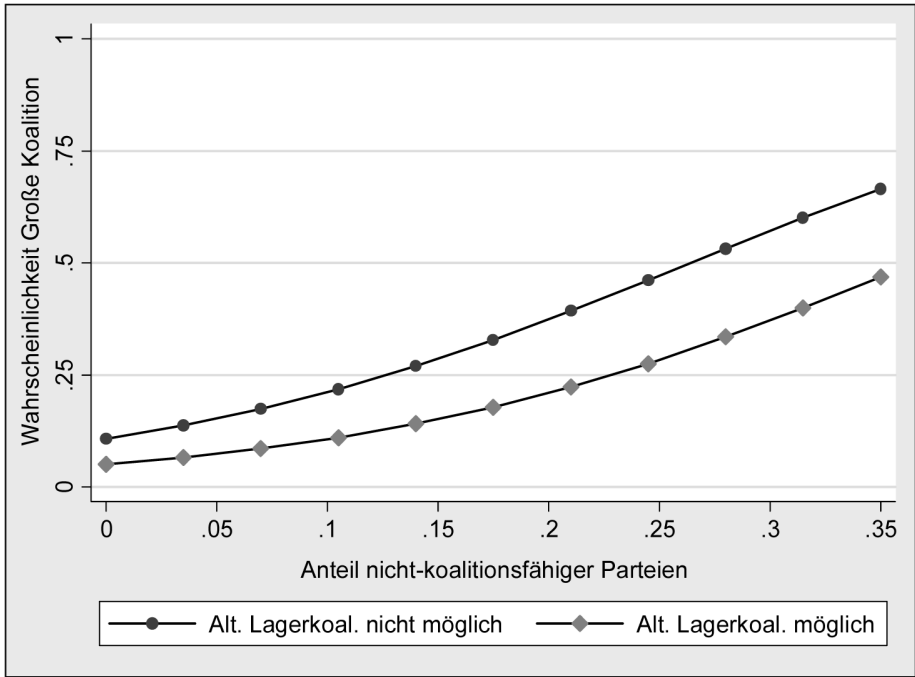
Tabelle 3: Einfluss der Parteiensystemeigenschaften auf die Wahrscheinlichkeit der Bildung Großer Koalitionen

	M ₁	M ₂	M ₃	M ₄	M ₅	M ₆
Parlamentarische Fragmentierung	1,087*** (0,294)					0,505 (0,333)
Parlamentarische Volatilität		2,205 (1,928)				-3,338 (3,046)
Parlamentarische Asymmetrie			-2,795** (0,897)			-1,203 (1,237)
Anteil nicht-koalitionsfähig. Parteien				10,206*** (1,720)		8,027*** (2,061)
Keine alternative Lagerkoalition					1,811*** (0,481)	0,814 (0,575)
Konstante	-5,031*** (0,911)	-2,183*** (0,333)	-1,986*** (0,279)	-2,910*** (0,409)	-2,344*** (0,339)	-3,944*** (1,054)
Pseudo-R ² (McKelvey & Zavoina)	0,112	0,011	0,091	0,213	0,107	0,272
Prozent korrekt vorhergesagt	0,868	0,873	0,873	0,880	0,873	0,881
N (ungewichtet)	232	224	232	232	232	224

Quelle: Eigene Berechnung. Gewichtet mit der Regierungsdauer in Tagen. Ausgewiesen sind Regressionskoeffizienten, robuste Standardfehler (Cluster=Bundesländer) sowie Signifikanzniveaus (* = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001).

Während die ersten drei Variablen deutlich Hintergrundvariablen sind, deren Einfluss schwindet, wenn man den Anteil als nicht-koalitionsfähig erachteter Parteien kontrolliert, so kommt der Frage der Möglichkeit einer alternativen Lagerkoalition ungeachtet der Tatsache, dass die Variable sich nicht im konventionellen Sinn als signifikant erweist, doch ein eigenständiger Erklärungsbeitrag im Zusammenspiel mit dem Anteil nicht-koalitionsfähiger Parteien zu. Um dies zu verdeutlichen, wurde auf Basis des Modells M₆ die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit des Zustandekommens Großer Koalitionen in Abhängigkeit dieser beiden Variablen geplottet (Abbildung 4). Man erkennt hier, dass die Wahrscheinlichkeit Großer Koalitionen zunimmt, je höher der Anteil nicht-koalitionsfähiger Parteien ist. Die Wahrscheinlichkeit ist jedoch deutlich höher, wenn eine alternative Lagerkoalition unter Ausschluss dieser Parteien nicht möglich ist. Große Koalitionen werden daher vor allem gebildet, um Bündnisse mit als nicht-koalitionsfähig erachteten Parteien zu vermeiden. Solange dann noch Bündnisse innerhalb eines politischen Lagers möglich sind, werden diese bevorzugt.

Abbildung 4: Wahrscheinlichkeit der Bildung Großer Koalitionen nach Modell M_6



Quelle: Eigene Berechnung.

6. Fazit

Große Koalitionen, verstanden als Bündnisse zwischen CDU/CSU und SPD, den Führungsparteien der beiden traditionellen politischen Lager der Bundesrepublik Deutschland, sind empirisch gesehen keine völlige Seltenheit. Mehr als zehn Prozent aller Koalitionen auf Bundes- wie auf Landesebene seit 1949 sind Große Koalitionen in dem hier verwendeten Sinn. Dennoch können die klassischen formalen Koalitionstheorien, die auf die Logik der Maximierung von Ämtern und Politikinhalt abstellen, ihr Zustandekommen nicht zufriedenstellend erklären: In der Regel sind kleinere Gewinnkoalitionen alternativ zu ihnen möglich, zudem gibt es häufig Koalitionsoptionen, die eine geringere inhaltliche Distanz der beteiligten Parteien aufweisen. Der vorliegende Beitrag hat versucht, für die Erklärung des Zustandekommens von Großen Koalitionen auf die breite empirische Basis der Regierungs-

bildung auf der Ebene der Bundesländer für den Zeitraum 1949 bis 2013 zurückzugreifen. Dabei hat sich gezeigt, dass Große Koalitionen in der unmittelbaren Nachkriegszeit einige Male gebildet wurden, dann aber in den 1970er und 1980er Jahren völlig verschwanden. Erst mit der Wiedervereinigung wurden wieder Große Koalitionen gebildet. Besonders häufig sind sie in den Stadtstaaten und in den ost-deutschen Bundesländern zu finden.

Große Koalitionen verfügen in der Regel über weitaus größere Parlamentsmehrheiten als andere Regierungskonstellationen. Dennoch handelt es sich fast immer um kleine Gewinnkoalitionen, bei denen beide Parteien für die Regierungsmehrheit nötig sind. Übergroße Koalitionen, bei denen eine der beiden Parteien auch alleine eine Mehrheit hat, wurden historisch nur zwei Mal im Berlin des Kalten Krieges gebildet. Große Koalitionen sind als Regierungen in der Regel deutlich fragmentierter als andere Konstellationen, dafür sind sie aber mindestens so stabil, wie sich an der durchschnittlich längeren Regierungsdauer zeigen lässt.

Die Untersuchung des Einflusses von Parteiensystemeigenschaften auf die Wahrscheinlichkeit des Zustandekommens Großer Koalitionen hat gezeigt, dass sie umso häufiger sind, je fragmentierter die untersuchten Parteiensysteme sind. Auch eine Asymmetrie zugunsten der Parteien des linken politischen Lagers wirkt sich positiv auf diese Wahrscheinlichkeit aus. Dies sind jedoch Hintergrundvariablen, denn entscheidend ist der Anteil als nicht-koalitionsfähig erachteter Parteien: Wo diese linken und rechten Flügelparteien stark sind, werden Große Koalitionen mit einer deutlich höheren Wahrscheinlichkeit abgeschlossen. Dies gilt insbesondere in den Fällen, in denen nicht-koalitionsfähige Parteien eine Koalitionsbildung innerhalb der politischen Lager unmöglich machen. In diesen Situationen werden Große Koalitionen offenbar schwierigen lagerübergreifenden Koalitionen oder gar Koalitionen mit den Flügelparteien deutlich vorgezogen.

Große Koalitionen sind damit in der Tat keine Wunschkoalitionen, sondern Zweckbündnisse, um andere Koalitionsoptionen zu umschiffen, die den beteiligten Parteien noch weniger gelegen sind. Insofern haben der Parteienwettbewerb und die sich daraus ergebende Struktur der Parteiensysteme einen großen Einfluss auf die Frage, ob es zu solchen Koalitionen kommt. Je eher sich Parteien untereinander als koalitionsfähig erachten, desto seltener sollten Große Koalitionen zustande kommen. Dabei ist die Koalitionsfähigkeit kein invariables Merkmal von Parteien, sondern entspringt einem dynamischen Prozess der Etablierung. Das Beispiel der Grünen hat deutlich gezeigt, dass auch neue Akteure, die zunächst als nicht-koalitionsfähig erachtet werden, sich insofern etablieren können, als sie nach und nach von allen anderen etablierten Parteien für kleine Gewinnkoalitionen in Betracht gezogen werden. Es gibt Anzeichen dafür, dass sich ein ähnlicher Prozess auch bei der ehe-

maligen PDS und der heutigen Partei Die Linke vollzieht. Da in Großen Koalitionen immer eine der beiden Parteien auf die Möglichkeit verzichtet, den Regierungschef zu stellen, obwohl CDU/CSU und SPD als Führungsparteien ihres jeweiligen Lagers durchaus einen dahingehenden Anspruch haben, sollte ein Ausbau der Koalitionsoptionen auch im Sinne der beiden Volksparteien sein – insbesondere in dem der SPD, die ansonsten in vielen Fällen auf Bundes- wie Landesebene mit der Rolle eines Juniorpartners in einer Großen Koalition vorlieb nehmen muss.

Literatur

- Axelrod, Robert*, 1970: Conflict of Interest. A Theory of Divergent Goals with Application to Politics, Chicago.
- Behnke, Joachim*, 2005: Lassen sich Signifikanztests auf Vollerhebungen anwenden? Einige essayistische Anmerkungen, in: PVS 46 (1), O1-O15.
- Branzei, Rodica/Dimitrov, Dinko/Tijs, Stef*, 2005: Models in Cooperative Game Theory. Crisp, Fuzzy, and Multi-Choice Games, Berlin/Heidelberg/New York.
- Bräuninger, Thomas/Debus, Marc*, 2008: Der Einfluss von Koalitionsaussagen, programmatischen Standpunkten und der Bundespolitik auf die Regierungsbildung in den deutschen Ländern, in: PVS 49 (2), 309-338.
- Bräuninger, Thomas/Debus, Marc*, 2009: Schwarz-Gelb, Schwarz-Rot, Jamaika oder die Ampel? Koalitionsbildungen in Bund und Ländern im Superwahljahr 2009, in: ZPB 2 (3), 563-567.
- Bräuninger, Thomas/Debus, Marc*, 2012: Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern, Wiesbaden.
- Broscheid, Andreas/Gschwend, Thomas*, 2005: Zu statistischen Analyse von Vollerhebungen, in: PVS 46 (1), O16-O26.
- Browne, Eric C./Franklin, Mark N.*, 1973: Aspects of Coalition Payoffs in European Parliamentary Democracies, in: American Political Science Review 67 (2), 453-469.
- De Swaan, Abram*, 1973: Coalition Theories and Coalition Formations, Amsterdam.
- Debus, Marc*, 2009: Pre-electoral Commitments and Government Formation, in: Public Choice 138 (1-2), 45-64.
- Decker, Frank*, 2009 a: Koalitionsaussagen und Koalitionsbildung, in: APUZ B 51, 20-26.
- Decker, Frank*, 2009 b: Koalitionsaussagen der Parteien vor Wahlen. Eine Forschungsskizze im Kontext des deutschen Regierungssystems, in: ZParl 40 (2), 431-453.
- Dodd, Lawrence C.*, 1976: Coalitions in Parliamentary Government, Princeton.

- Eith, Ulrich*, 2008: Das Parteiensystem Baden-Württembergs, in: Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Bundesländern, Wiesbaden, 103-123.
- Eldersveld, Samuel J.*, 1964: Political Parties. A Behavioral Analysis, Chicago.
- Franzmann, Simon/Kaiser, André*, 2006: Locating Political Parties in Policy Space. A Reanalysis of Party Manifesto Data, in: Party Politics 12 (2), 163-188.
- Gamson, William*, 1961: A Theory of Coalition Formation, in: American Sociological Review 26 (3), 373-382.
- Golder, Sona Nadenichek*, 2005: Pre-Electoral Coalition Formation in Parliamentary Democracies, in: British Journal of Political Science 36 (2), 193-212.
- Golder, Sona Nadenichek*, 2006: The Logic of Pre-Electoral Coalition Formation, Columbus.
- Görtemaker, Manfred*, 1999: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München.
- Gross, Martin*, 2011: Große Koalitionen, große Folgen? Die Auswirkungen schwarz-roter Regierungsbündnisse auf die Parteiensysteme in Bund und Ländern 1946-2009, Marburg.
- Haas, Melanie*, 2007: Auswirkungen der Großen Koalition auf das Parteiensystem, in: APuZ B 35-36, 18-26.
- Haas, Melanie/Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar*, 2008: Die Parteien und Parteiensysteme der Bundesländer. Eine Einführung, in: Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Bundesländern, Wiesbaden, 9-38.
- Harmel, Robert/Janda, Kenneth*, 1994: An Integrated Theory of Party Goals and Party Change, in: Journal of Theoretical Politics 6 (3), 259-287.
- Helms, Ludger*, 2006: The Grand Coalition. Precedents and Prospects, in: German Politics & Society 24 (1), 47-66.
- Jun, Uwe*, 1994: Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern. Theoretische Betrachtungen, Dokumentation und Analyse der Koalitionsbildungen auf Länderebene seit 1949, Opladen.
- Jun, Uwe*, 2007: Parteiensystem und Koalitionskonstellationen vor und nach der Bundestagswahl 2005, in: Frank Brettschneider/Oskar Niedermayer/Bernhard Weßels (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden, 491-515.
- Jun, Uwe/Cronqvist, Lasse*, 2013: Sind Länderkoalitionen präjudizierend für den Bund? Die Interdependenz von Regierungsbildungen im föderalen System, in: Frank Decker/Eckhard Jesse (Hrsg.), Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013, Baden-Baden, 215-240.

- Katz, Richard S./Mair, Peter*, 1995: Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party, in: *Party Politics* 1 (1), 5-28.
- Klecha, Stephan*, 2011: Komplexe Koalitionen. Welchen Nutzen bringen sie den Parteien?, in: *ZParl* 42 (2), 334-346.
- Korte, Karl-Rudolf*, 2009: Neue Qualität des Parteienwettbewerbs im „Superwahljahr“, in: *APuZ* B 38, 3-8.
- Koß, Michael/Spier, Tim*, 2008: Das Parteiensystem Niedersachsens. Vom Nachzügler zum Vorreiter?, in: Uwe Jun/Oskar Niedermayer/Melanie Haas (Hrsg.), *Parteien und Parteiensysteme der Bundesländer*, Wiesbaden, 291-314.
- Kropp, Sabine*, 2001: Regieren in Koalitionen. Handlungsmuster und Entscheidungsbildung in den deutschen Länderregierungen, Wiesbaden.
- Kropp, Sabine*, 2008: Koalitionsregierungen, in: Oscar W. Gabriel/Sabine Kropp (Hrsg.), *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen – Prozesse – Politikinhalt*, Wiesbaden (3. Aufl.), 514-549.
- Kropp, Sabine/Sturm, Roland*, 1998: *Koalitionen und Koalitionsvereinbarungen. Theorie, Analyse und Dokumentation*, Opladen.
- Laakso, Markku/Taagepera, Rein*, 1979: “Effective” Number of Parties. A Measure with Application to West Europe, in: *Comparative Political Science* 12 (1), 3-27.
- Laver, Michael/Schofield, Norman*, 1990: *Multiparty Government. The Politics of Coalition in Europe*, Oxford.
- Leiserson, Michael A.*, 1966: *Coalition in Politics. A Theoretical Empirical Study*, New Haven.
- Leunig, Sven*, 2012: *Die Regierungssysteme der deutschen Länder*, Wiesbaden (2. Aufl.).
- Linhart, Eric/Pappi, Franz Urban*, 2009: Koalitionsbildungen zwischen Ämter- und Politikmotivation. Konstruktion einer interdependenten Nutzenfunktion, in: *PVS* 50 (1), 23-49.
- März, Peter*, 2012: Wirksame Krisenbekämpfung oder lähmendes Kartell? Große Koalitionen im Bund, in: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.), *Bilanz der Bundestagswahl 2009. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen*, Baden-Baden, 71-96.
- Müller, Wolfgang C.*, 2008: Warum Große Koalitionen? Antworten aus koalitions-theoretischer Sicht, in: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften* 6 (3), 499-523.
- Niedermayer, Oskar*, 1996: Zur systematischen Analyse der Entwicklung von Parteiensystemen, in: Oscar W. Gabriel/Jürgen W. Falter (Hrsg.), *Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien*, Frankfurt a. M., 19-49.

- Niedermayer, Oskar*, 2008: Das fluide Fünfparteiensystem nach der Bundestagswahl 2005, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005*, Wiesbaden, 9-35.
- Pappi, Franz Urban*, 2009: Regierungsbildung im deutschen Fünf-Parteiensystem, in: *PVS* 50 (2), 187-202.
- Pappi, Franz Urban/Shikano, Susumu*, 2005: Regierungsabwahl ohne Regierungsbildung, in: *PVS* 46 (4), 513-526.
- Pedersen, Mogens N.*, 1979: The Dynamics of European Party Systems. Changing Patterns of Electoral Volatility, in: *European Journal of Political Research* 7 (1), 1-26.
- Rapoport, Anatol*, 1970: *N-Person Game Theory. Concepts and Applications*, Ann Arbor.
- Reichart-Dreyer, Ingrid*, 2008: Das Parteiensystem Berlins, in: Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer (Hrsg.), *Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Bundesländern*, Wiesbaden, 147-166.
- Riker, William*, 1962: *A Theory of Political Coalitions*, New Haven.
- Saalfeld, Thomas*, 2007: *Parteien und Wahlen*, Baden-Baden.
- Schmidt, Manfred G.*, 1996: Germany. The Grand Coalition State, in: Josep M. Colomer (Hrsg.), *Political Institutions in Europe*, London, 62-98.
- Seemann, Wenke/Bukow, Sebastian*, 2010: Große Koalitionen in Deutschland, in: Sebastian Bukow/Wenke Seemann (Hrsg.), *Die Große Koalition. Regierung – Politik – Parteien 2005-2009*, Wiesbaden, 9-40.
- Sened, Itai*, 1996: A Model of Coalition Formation. Theory and Evidence, in: *Journal of Politics* 58 (2), 350-372.
- Spier, Tim*, 2010: Das Ende der Lagerpolarisierung? Lagerübergreifende Koalitionen in den deutschen Bundesländern 1949-2009, in: Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*, Wiesbaden, 296-317.
- Spier, Tim*, 2013: Realisierbare Koalitionsoption im Zeithorizont 2013/2017? Perspektiven von Rot-Rot-Grün, in: Frank Decker/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013*, Baden-Baden, 369-388.
- Strohmeier, Gerd*, 2009: Große Koalitionen in Deutschland und Österreich, in: *ZPol* 19 (1), 5-37.
- Strøm, Kaare*, 1990: A Behavioral Theory of Competitive Political Parties, in: *American Journal of Political Science* 34 (2), 565-598.

- Strøm, Kaare/Müller, Wolfgang C.*, 1999: Political Parties and Hard Choices, in: Wolfgang C. Müller/Kaare Strøm (Hrsg.), *Policy, Office, or Votes? How Political Parties in Western Europe Make Hard Choices*, Cambridge, 1-35.
- Stiwe, Klaus*, 2008: Der Bundesrat in Zeiten Großer Koalitionen, in: APuZ B 16, 24-31.
- Volkens, Andrea/Lehmann, Pola/Merz, Nicolas/Regel, Sven/Werner, Annika*, 2013: The Manifesto Data Collection. Manifesto Project (MRG/CMP/MARPOR). Version 2013 b, Berlin.
- Ware, Alan*, 1996: *Political Parties and Party Systems*, Oxford.
- Woyke, Wichard*, 2003: Koalition, in: Uwe Andersen/Wichard Woyke (Hrsg.), *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, Op-laden (5. Aufl.), 274-276.

Korrespondenzanschrift:

Prof. Dr. Tim Spier
Juniorprofessur „Politisches System der Bundesrepublik Deutschland“
Fakultät I/Seminar für Sozialwissenschaften
Universität Siegen
Adolf-Reichwein-Straße 2
57068 Siegen
E-Mail: tim.spier@uni-siegen.de